

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten Hans-Peter Goetz,
Marion Vogdt und Jens Lipsdorf

Kein weiteres Geld für den BER ohne Nachtruhe

Der Landtag möge beschließen:

Das Land Brandenburg wird sich an einer über 4.300.000.000 (in Worten: vier Milliarden dreihundert Millionen) Euro hinausgehenden Finanzierung des BER nur dann beteiligen, wenn zugleich ein umfassendes Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr gesichert ist.

Begründung:

I.

Auf seiner Haushaltsberatung im Dezember 2012 hat dieser Landtag für den Doppelhaushalt 2013/2014 einen weiteren Zuschuss von 440.000.000 Euro als Brandenburger Anteil an zusätzlichen Gesellschaftermitteln von 1.200.000.000 Euro für den Bau des Flughafens „Willy Brandt“ bewilligt. Damit soll der Flughafen fertiggestellt werden und im Herbst 2013 in Betrieb gehen.

Inzwischen ist der Herbst 2013 ohne Eröffnung verstrichen und zugleich absehbar, dass dieser Nachschuss von 1.200.000.000 Euro zum Jahresende 2014 (mithin 50.000.000 Euro je Monat) aufgebraucht sein wird. Ein echter Baufortschritt ist gleichwohl nicht erkennbar, so dass weiterer Finanzbedarf in Milliardenhöhe bereits angekündigt ist.

II.

Am 27.02.2013 hat dieser Landtag das Volksbegehren für ein umfassendes Nachtflugverbot angenommen und die Landesregierung beauftragt, mit dem Land Berlin und dem Bund über die Durchsetzung dieses Volksbegehrens zu verhandeln. Diese Verhandlungen waren bisher erfolglos. Ursächlich hierfür ist nach den Angaben der Landesregierung die völlig unbewegliche Haltung Berlins und des Bundes.

III.

Unabhängig davon, wie man die Handlungsmöglichkeiten des Landes Brandenburg bewertet, dürfte Einigkeit zumindest insoweit herrschen, dass das Land Brandenburg zu weiteren Nachschüssen, etwa durch Bürgschaften, nicht gezwungen werden kann. Wenn also Dritten ein Entgegenkommen des Landes Brandenburg für die weitere Finanzierung des Flughafen erwartet wird, dann ist es legitim, hierfür im Gegenzug auch Zugeständnisse dieser Dritten zu erwarten.

IV.

Der Flughafen „Willy Brandt“ kann gegen hunderttausende Menschen in seinem Umfeld nicht erfolgreich sein. Die Umsetzung des ersten erfolgreichen Volksbegehrens in der Geschichte Brandenburgs wäre ein erster wichtiger Schritt zu mehr Akzeptanz des Flughafens und würde somit auch Kräfte freisetzen. Sich verstärkt um das Projekt zu kümmern. Zugleich würde mit der Annahme des Antrages deutlich, dass Brandenburgs Möglichkeiten und Willen zur weiteren Zuschüssen nicht unbegrenzt ist.

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hans-Peter Goetz

Marion Vogdt

Jens Lipsdorf